

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie
= Swiss journal of sociology

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

Band: 12 (1986)

Heft: 1

Artikel: Ueber die wachsende Bedeutung des Unterlassens in der "aktiven Gesellschaft"

Autor: Geser, Hans

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-815012>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

UEBER DIE WACHSENDE BEDEUTUNG DES UNTERLASSENS IN DER "AKTIVEN GESELLSCHAFT"

Hans Geser

Soziologisches Institut, Sandgasse 9, D - 6900 Heidelberg

I. Das "institutionelle Handeln" als gemeinsame Basis gesellschaftlicher Stabilität und Dynamik

Einzigartig für die moderne Gesellschaft (im Vergleich zu all ihren historischen Vorläufern) ist nicht nur ihr hohes Ausmass an sozialer Differenzierung, der rationalistische Einschlag ihrer Kultur oder das überragende Mass ihrer Produktivität und technisch-wissenschaftlichen Kompetenz, sondern vor allem auch das *hohe Niveau an institutionalisiertem Handeln*. Gemeint ist damit das Vorherrschen

- von Normensystemen, die von ihren Adressaten ein hohes und dauerhaft gleichmässiges Niveau des Aktivhandelns (anstatt z.B. das blosse Unterlassen verbotener Verhaltensweisen) fordern;
- von Strukturkomponenten, die paradoixerweise nur unter der Bedingung andauernder innerer Aktivierung und Dynamisierung stabil sein können.

Derartige Strukturen finden sich

- a) auf der Ebene der Person in der Form *institutionalisierte Lebensläufe*, die dem Individuum eine permanente Mobilisierung seiner Erlebnishorizonte und Handlungskreise zur Pflicht machen und den menschlichen Lebenszyklus als Arena dynamischer Selbstentfaltung definieren (Kohli, 1985);
- b) auf der Ebene der *sozialen Rolle* in der Form von *Berufsrollen*, die Individuen langfristig bestimmten gesellschaftlichen Tätigkeitsbereichen zuordnen und von ihnen - als Entgeld für materielle Lebenssicherung, Prestige u.a. - die Erbringung einer regelmässigen Arbeitsleistung fordern;
- c) auf dem Niveau des *kollektiven Kooperationshandelns* in Form der (*bürokratischen*) *Betriebsorganisation*, die (im Gegensatz zu eher "dispositionalen" Strukturen wie Verwandtschaften, Nachbarschaften, assoziative Vereinigungen u.a.m.)

nur im Zustand dauernder regelmässiger Aktivität all ihrer Mitglieder bestehen und überleben können;

d) auf dem *gesamtgesellschaftlichen Niveau* schliesslich in der Form *globaler Wertsetzungen und Programme*, die - wie z.B. Projekte wirtschaftlicher Entwicklung, Planungen zur Hebung der Gesundheit, Bildung, allgemeinen Wohlfahrt u.a. - die Stabilität und Legitimität von Staat und Oekonomie an deren ständig zu aktualisierende *Leistung* (anstatt wie früher an deren Konformität mit traditionalen Normenstandards) binden.

Auf allen diesen Ebenen trifft zu, dass die Quantität und zum Teil auch die qualitative Ausrichtung des mobilisierten Handelns primär von der sozio-strukturellen Ebene her induziert und stabilisiert wird und deshalb *nicht* flexibel auf exogene Bedingungen (z.B. objektive Bedarfslagen, Problemsituationen, Aufgaben u.a.) reagiert. Stattdessen werden umgekehrt häufig die Aufgaben und Probleme (z.B. anzubietende Produkte und Dienstleistungen) so definiert, dass für das ohnehin anfallende Handeln "Abflusskanäle" geschaffen werden.

Theoretisch könnte eine auf institutionalisiertem Handeln beruhende Gesellschaft dann stabil sein, wenn

- a) zwischen dem aus autonomen strukturellen Zwängen erzeugten Angebot und der durch objektive Problemlagen oder subjektive Bedürfnisse bedingten Nachfrage nach Handungsleistungen eine prästabilisierte Harmonie bestehen würde;
- b) die Handlungen in keiner Weise modifizierend (oder gar destruierend) auf die sie erzeugenden Strukturen zurückwirken würden : weil sie (wie z.B. ritualistisches oder sanktionierendes Handeln) ausschliesslich der Reproduktion, Regenerierung oder Verstärkung der bestehenden Strukturen dienen, oder weil sie in ihren (intendierten und nicht-intendierten) Auswirkungen nur strukturneutrale Aspekte (wie z.B. das Wohlbefinden einzelner Individuen oder Zustände der natürlichen Umwelt) betreffen.

Diese zwei Bedingungen sind - wie theoretische Einsicht und vielfältige empirische Erfahrung zeigt - genau als Folge der wachsenden strukturellen Differenzierung der Gesellschaft immer weniger erfüllt : weil in immer mehr Tätigkeitsfeldern Strukturen des institutionalisierten Handelns dominierend geworden sind, die als blosse Konsequenz ihrer fortgesetzten Aktiviertheit sowohl ihre eigenen inneren Bestandsbedingungen wie auch ihre Umwelt in irreversibler Weise verändern und zur allgemeinen Dynamisierung der Gesellschaft beträchtlich mehr beitragen, als alle Quellen des

informellen, ausserinstitutionellen Handelns (z.B. Massenbewegungen, charismatische Führer u.a.m.) dies vermögen.

So entsteht die folgenschwere Paradoxie, dass sowohl die Makrostabilität der Gesamtgesellschaft wie auch die Mikrostabilität ihrer einzelnen Funktionsbereiche untrennbar an die Aufrechterhaltung eines Prozesses der Dynamisierung gekoppelt ist, der mit seinen irreversiblen Folgen alle inneren und äusseren Bedingungen (und damit auch: die Bedingungen der Strukturreproduktion selbst) auf unabsehbare Weise affiziert. Dies zeigt sich beispielsweise

- in einem *Wirtschaftssystem*, das nur bei Wachstum und technischem Wandel seine Stabilitätsparameter (der Vollbeschäftigung u.a.) erreicht und als Folge dieser Versuche zur Selbststabilisierung Effekte (der Marktsättigung, technischen Rationalisierung u.a.) erzeugt, die genau den Fortbestand dieser Vollbeschäftigung unwahrscheinlicher machen;
- in einer *Staatsorganisation*, bei der als Folge vergangener politischer Entscheidungen derart potente und eigendynamische Strukturen (des Rechts, Wohlfahrtsstaats, des Bildungs- und Gesundheitswesens) geschaffen worden sind, dass gegenwärtige Politik fast nur noch auf diese Ergebnisse früherer Politik reagiert (vgl. Luhmann, 1981, 45 ff.);
- in Institutionen der *Wissenschaft und Kunst*, deren Produzenten unter permanentem Innovations- und Originalitätsdruck stehen und damit eine institutionelle Selbstdynamisierung auslösen, die die Rückbindung in die Gesellschaft (d.h. die adäquate soziale Vermittlung anfallender Informationen und Produkte) überaus erschwert;
- in verschiedensten Organen der *Rechtssetzung, der Planung und Reorganisation*, die die "Betreuung des strukturellen Wandels" gar zu ihrer expliziten Aufgabe haben.

In der früheren feudalen Gesellschaft hatte eine prinzipiell passivierte, dem normierten Müsiggang und rein expressiv-ritualistischen Verhaltensweisen verpflichtete gesellschaftliche Elite dafür gesorgt, dass sich der von den Institutionen selbst ausgehende Strukturwandel in Grenzen hielt, so dass *exogene*, in der sozialen Organisation selbst nicht intendier- und kontrollierbare Strukturwandlungen (bedingt durch Krieg, ökologische Ereignisse u.a.) im Vordergrund blieben.

Seit dem Aufstieg des *Bürgertums* hingegen neigen die Elitemitglieder viel stärker dazu, sich aufgrund eines persönlichen Engagements (z.B. als Intellektueller) oder durch Eingliederung in

Berufsrollen (z.B. Unternehmer) aktiv zu verhalten : wobei es sich dann besonders häufig um Aktivitäten mit weitreichenden, fundamentalen und irreversiblen Auswirkungen handelt, die soziostrukturale, kulturelle und ökologische Bedingungen "von oben her dynamisieren". Und die disproportionale Expansion relativ elitärer (z.B. mit der Gewinnung von Information, mit Planung, Normierung und Organisationsbildung befassten) Berufe hat in den letzten 30 Jahren sicher dazu beigetragen, die Quellen des endogen-institutionellen Wandels zu verstärken und das "Angebot" an Handlungsleistungen von einer (wie auch immer konstituierten) "Nachfrage" abzukoppeln.

Natürlich setzt diese eigenartige Verknüpfung von Stabilität und Wandel sachlich generalisierte Strukturen voraus, die vom Wandel aller übrigen (strukturellen oder kulturellen) Bedingungen relativ unberührt bleiben : z.B. Märkte, Bürokratien, Massenmedien oder politische Entscheidungssysteme, die bei beliebigem Wechsel der prozessierten Inhalte dieselben bleiben.

Aber es wäre voreilig, selbst die Autopoiesis dieser Universalstrukturen als gesichert anzusehen : weil z.B. wachsende Bürokratien leicht die Bedingungen ihres eigenen Zerfalls herbeiführen (vgl. Geser, 1983) oder die unter Marktverhältnissen entstandenen Oligopole die Fortführung derselben Marktverhältnisse in Frage stellen können.

Wer also (als "Strukturkonservativer" im Sinne von Erhard Eppler) für den strukturellen Status quo der modernen Gesellschaft eintritt, befürwortet damit implizit ungebremste Wandlungsprozesse, deren Auswirkungen dem eigenen ideologischen Kalkül drastisch zuwiderlaufen können. Geradezu tollkühn sind manche Neokonservative, die mit einer Rückkehr zur Wirtschaftspolitik der 50er Jahre jene Dynamik neu beleben möchten, die für die Staatsexpansion, den Wertwandel und die gesellschaftskritischen Artikulationen der 60er und 70er Jahre eine unerlässliche Voraussetzung war (vgl. z.B. Martin, 1981).

Und eine genau spiegelbildliche Naivität findet sich bei *progressiven Reformen* und *revolutionären Kämpfern*, die nicht sehen (wollen), wie sehr die Verwirklichung des gesellschaftlichen Wandels an den Aufbau höchst konventioneller Strukturen des kollektiven Handelns (vor allem : Bürokratien) gebunden ist, die ihre eigenen Stabilitätsimperative in die Gesellschaften hineinragen (und z.B. die gegenwärtige Sowjetunion zu einem der konservativsten Staatswesen der Erde machen).

Vertreter "linker" oder "rechter" politischer Positionen sind sich also in ihrer gemeinsamen affirmativen Einstellung zu Struktur-

formen einig, die ein hohes und regelmässiges Niveau an institutionalisiertem Handeln normativ induzieren und zu ihrer Selbstreproduktion benötigen.

Ihnen gegenüber profilieren sich einig einzige (untereinander wenig kohärente) "alternative Gruppen", die die Ueberlegenheit berufsförmiger und betriebsförmiger Strukturformen an sich in Frage stellen, der aktiv-leistungsorientierten Persönlichkeit ein kontemplativ-erlebensorientiertes Modell der Lebensführung entgegenstellen und auf gesamtgesellschaftlicher Ebene die Mässigung von Handlungsinterventionen (z.B. zugunsten ökologischer Selbstregulationsprinzipien) propagieren.

Sind die disfunktionalen Auswirkungen des institutionalisierten Handelns (auf das Individuum, die Gesellschaftsordnung und die Umwelt) wohl derart gravierend, dass solch radikale Rückzugspositionen gerechtfertigt werden können ?

Diese Frage beantwortet sich natürlich keineswegs mit dem blossen Hinweis darauf, dass das institutionell erzeugte Handeln auf nicht-neutrale Weise mit den inneren Reproduktionsbedingungen und äusseren Umweltverhältnissen der Institutionen rückgekoppelt sei und dass keine Mechanismen der Restabilisierung identifizierbar seien. Denn immerhin wäre denkbar, dass die sich in ihrem Aktivitätsniveau wechselseitig hochschaukelnden Institutionen einander in einem (wie auch immer prekären) Gleichgewicht halten können : z.B., indem eine aktive Wirtschaftspolitik die Selbstdestruktion der Marktwirtschaft verhindert, oder indem eine spezielle "Umweltschutzindustrie" die von allen anderen Branchen verursachten ökologischen Schäden korrigiert.

Sehr viel weiterführend ist allerdings die Feststellung, dass Systeme des institutionalisierten Handelns sich in gewisse systematische evolutionäre Rückkopplungsprozesse verwickeln, in deren Verlauf ihre inneren und äusseren Expansionsgrenzen immer schärfer sichtbar werden :

- a) *selbstverstärkende Rückkopplungen* entstehen dadurch, dass einmal in Gang gesetzte Institutionen kumulativ und ohne erkennbare Sättigungsgrenzen immer weiter ausgebaut werden müssen : etwa weil als Folge des Eingriffs traditionelle Leistungsträger und Handlungskompetenzen verschwinden (z.B. bei Entwicklungshilfe oder Dequalifizierung industrieller Arbeitsplätze), neue Konsumbedürfnisse (z.B. nach medizinischen Dienstleistungen oder Industriegütern) sich explosionsartig ausweiten oder dauerhaft destabilisierte Umweltfelder einer permanenten Ueberwachung bedürfen (nukleare

Entsorgung, Kampf gegen Pflanzenschädlinge oder iatrogene Krankheiten u.a.);

b) *selbstparalysierende Rückkoppelungen* sind Folge davon, dass institutionelles Handeln sich mittels Rationalisierung oder Technisierung selbst eliminiert (z.B. Industriearbeit mittels Automatisierung), dass eine irreversible Sättigung von Nachfragen (z.B. nach Strassen, Klassikerausgaben u.a.) eintritt, oder dass - ein immer häufiger Fall - im Schosse der Institutionen ausgebrütete Handlungsalternativen (z.B. Atomwaffen-einsätze, Genmanipulationen, lückenlose Informations- und Ueberwachungssysteme) aus ethischen oder zweckrationalen Gründen unanwendbar werden.

2. Ursachen für den Bedeutungsgewinn von "Unterlassungen" auf Kosten des "aktiven Handelns"

Die hier vertretene These, dass in einer von institutionalisiertem Handeln dominierten Gesellschaft *Unterlassungen* zunehmend an Bedeutung gewinnen, lässt sich *erstens* auf eine allgemeinere *handlungstheoretische Argumentation* und *zweitens* auf eine spezifischere *gesellschaftstheoretische Begründung* abstützen :

- 1) Im Gegensatz zu den sich in physischen Abläufen und Ergebnissen objektivierenden Aktivhandlungen werden Unterlassungen überhaupt nur im Kontext von Erwartungsstrukturen konstituiert : z.B. gewinnt ein "Schweigen" nur auf dem Hintergrund erwarteter Redehandlungen und ein "Streiken" nur auf der Folie regularisierter Arbeitshandlungen einen bestimmten Sinn. Je stärker sich nun Handlungserwartungen im Rahmen institutioneller Rollen- und Organisationsstrukturen verdichten, desto deutlicher profilieren sich "Unterlassungen" als klar identifizierbare Ereignisse, die präzise Intentio-nen, Werte und Zielsetzungen zum Ausdruck bringen und im institutionellen Aktionsgefüge eine bestimmte instrumentale Wirkung (der Steuerung, Störung oder gar Innovation) besitzen.
- 2) Auf Grund der oben geschilderten Problematik hoch akti-vierter, sich selbst und ihre Umwelt in irreversible Koevolu-tionsprozesse verwickelnder Institutionen kommt den "Unter-lassungen" die strategische Bedeutung zu, durch expliziten Verzicht auf den Einsatz technisch-organisatorisch möglicher Mittel die erwähnten Risiken institutioneller Selbst-überforderung oder institutioneller Selbstparalyse zu mildern.

Hinsichtlich der *ersten* dieser beiden Thesen sollen die folgenden - absichtlich breit streuenden - Illustrationsbeispiele plausibel machen, dass in ihrem Lichte verschiedenste Phänomene und Entwicklungen moderner Gesellschaften unter einem einheitlichen Gesichtspunkt verständlich werden, die sonst unabhängig voneinander thematisiert und verschiedenen Subdisziplinen der Soziologie zugeordnet werden :

- A) Die Institutionalisierung des Arbeitshandelns in beruflichen Vollzeitrollen und industriellen Betriebsorganisationen bildete die historische Voraussetzung dafür, dass das *Nichtarbeiten* schärfere Bedeutungskonturen gewinnen und sowohl in einem symbolischen Sinngehalt wie in seiner rein kausalen Wirkungskraft zu einer bedeutsamen soziologischen Realität werden konnte :
- als *Streik* im Sinne einer intendierten, zeitlich limitierten kollektiven Arbeitsverweigerung, die von Unternehmungsleitungen und sogar Regierungen als Signal sensibel wahrgenommen wird und vor allem komplex-interdependente Produktionsprozesse empflindlich stört;
 - als "*Absentismus*" im Sinne eines höchst universell zugänglichen devianten Verhaltens, das wie auch in der noch radikaleren Form des "*Aussteigens*" Distanzierung von der Arbeitswelt, persönliche Frustration oder generelle Leistungsunfähigkeit auszudrücken vermag;
 - als "*Arbeitslosigkeit*" : eine neue Kategorie sozialer Marginalität, die nur auf dem Erwartungshintergrund vollzeitlicher, vollbezahlter Arbeitsrollen klare Bedeutungskonturen gewinnt;
 - als *Freizeit*" im Sinne eines relativ scharf begrenzten Residuums an Nicht-Arbeitszeit, das für die ungestörte Ausdifferenzierung anderer Aktivitätssphären zur Verfügung steht.
- Die gemeinsame Wurzel dieser nicht nur industriesoziologisch, sondern gesellschaftstheoretisch wichtigen Begriffskategorien besteht darin, dass das *Unterlassen von Arbeit* auf der Folie hochverdichteter (industrieller) Arbeitstätigkeit schärfert ins Bewusstsein dringt und der *Verzicht auf Arbeit* sich als Handlungsalternative schärfert profiliert.
- B) In der *Devianzsoziologie* drängt sich immer unausweichlicher die Schlussfolgerung auf, dass es in erster Linie nicht Aktivhandlungen, sondern *Unterlassungen* sind, aus denen die wichtigsten Normverstöße und objektiven Schädigungen entstehen. So ist die Zahl der durch aktives Tötungshandeln (z.B. Mord) verursachten Todesfälle verschwindend gering im

Vergleich zur Zahl derjenigen, die auf Grund unterlassener Vorsicht (z.B. im Strassenverkehr oder am Arbeitsplatz) ihr Leben lassen müssen : wobei eine noch aus der Agrargesellschaft stammende anachronistische Moral den ersteren Fall viel stärker sanktioniert (vgl. Wootton, 1963).

In ganz analogem Sinne sind es in erster Linie *unterlassene Sorgfaltshandlungen* und nicht aktive Sabotageakte, die zu Staudammkatastrophen, Flugzeugabstürzen, medizinischen Kunstfehlern oder industriellen Produktionsausfällen führen : und die durch aktive Betrugshandlungen verursachten Vermögensdelikte werden bescheiden im Vergleich zu denjenigen, die aus unterlassenen Steuerdeklarationen entstehen. Ebenso sind es nicht so sehr die im Forstgesetz beschworenen "Waldfrevel" als die vielmehr unterlassenen Massnahmen der Lufthygiene, aus denen die grössten gegenwärtigen Schädigungen unserer Wälder entstehen, und nicht mehr die Aktivität von "Brunnenvergiftern", sondern die Inaktivität von Wasserschutzbehörden trägt die Hauptschuld daran, wenn die Qualität des täglichen Trinkwassers leidet.

- C) Wenn *regeImässige Empfängnisverhütung* betrieben wird, so liegt es näher, die Entstehung einer Schwangerschaft nicht der Aktivhandlung des Geschlechtsverkehrs, sondern dem Unterlassen einer erwarteten Vorsichtsmassnahme (z.B. dem "Vergessen" der Pille) zuzurechnen. Dadurch wächst die Kontrolle und Verantwortlichkeit einseitig jenem Partner zu, der die Verhütungsmassnahmen appliziert : wobei dann aber eine rein *moralische* Zurechnung dadurch erschwert wird, dass für das Unterlassen (im Gegensatz zur Aktivhandlung) auch nichtintentionale Gründe (z.B. Unkenntnis, Gesundheitsrücksichten, Unverfügbarkeit der Instrumente u.a.) ursächlich sein können.
- D) Erst in einem modernen politischen System mit regularisierten Entscheidungsprozessen werden "non decisions" zu einem akuten und scharf konturierten Problem : denn nur auf der Folie umfangreicher Traktandenlisten von Parlament und Regierung wird deutlich, welche Themen systematisch (und vermutungsweise absichtlich) aus der Agenda ausgeklammert werden. Das Hauptproblem besteht dann darin, dass Nicht-Entscheidungen ebenfalls der Legitimation bedürfen, im Gegensatz zur eng limitierten Entscheidungsarbeit aber ohne Kapazitätsgrenzen ins Unendliche anwachsen können (vgl. Bachrach/Baratz, 1970).
- E) Erst in einer Welt inklusiver Institutionen, die sich die Einbeziehung sämtlicher Gesellschaftsmitglieder (als Rezipienten von Bildungs- Gesundheits- Wohlfahrts- oder Rechtsschutz-

leistungen) zum Ziele gemacht haben, wird die Existenz davon ausgeschlossener Individuen und Gruppen zu einem klar identifizierbaren Problem (vgl. Luhmann, 1981, 25 ff.). Unvermeidlicherweise steht man dann vor dem bedrückenden, in Terminen der institutionellen Wertordnungen nicht legitimierbaren Tatbestand, dass wegen der Unterlassung hinreichender humanitärer Hilfe gigantische Menschenmassen in der dritten Welt verhungern, dass gegen die Ausbeutung des "funktionalen Analphabetentums" inmitten einer hochverschulten Gesellschaft zu wenig Massnahmen getroffen werden, und dass anspruchsvolle Behandlungsmethoden der Intensivmedizin sich nicht homogen über Stadt und Land verteilen lassen.

Solange sich die Moral auf die negative Sanktionierung von Aktivhandlungen (Tötung, Diebstahl u.a.) beschränkt, kann jedermann durch das Unterlassen klar identifizierbarer Verhaltensweisen erfüllte äussere Anerkennung und innere Seelenruhe finden. Sobald aber Unterlassungen zum Objekt negativer Sanktionierung werden, lassen sich die Normen durch kein angebares, abgrenzbares Handeln mehr erfüllen: weil es normalerweise unmöglich ist, mehr als einen kleinen Teil aller vorstellbaren Unterlassungen zu vermeiden. Dadurch entsteht die für moderne Gesellschaften charakteristische "Inflationierung moralischer Zumutungen" (vgl. Gehlen, 1973, 141 ff.), die auf individueller und auf kollektiver Ebene ein Bewusstsein der permanenten "moralischen Insuffizienz" (verbunden mit diffusen Schuldgefühlen und Ameliorationsbestrebungen u.a.) stabilisiert.

Die sehr allgemeine gemeinsame Wurzel all dieser Erscheinungen besteht darin, dass (1) die Explizität der institutionellen Handlungserwartungen auch den korrelativen Unterlassungen spiegelbildlich eine präzis definierbare Bedeutung verleiht, und das (2) die Regularität des normalen institutionellen Handelns zur Folge hat, dass Unterlassungen sich als auffällige, sowohl in ihrer symbolischen Signalwirkung wie in ihrem faktischen kausalen Einfluss bedeutsame Ereignisse profilieren.

Unsere zweite, natürlich viel aussagenreichere und begründungsbedürftigere These schliesst an die eingangs diskutierte Behauptung an, dass hoch aktivierte Institutionen als blosse Folge ihres kontinuierlichen Funktionierens dazu neigten, sich kumulativ in Prozesse wachsender Selbstüberforderung oder zunehmender Selbstparalyse zu verwickeln: so dass Unterlassungen sich sowohl ethisch wie auch gesellschaftspolitisch und systemregulativ aufdrängen: als Massnahmen, um destruktive positive Rückkoppelungen zwischen handlungserzeugenden Strukturen und strukturell erzeugtem Handeln zu unterbrechen und um als

Substitute für mangelnde interinstitutionelle Integrationsmechanismen die globalgesellschaftliche Makrostabilität sicherzustellen.

Diese in ihrer hohen Abstraktionslage vielleicht abschreckend wirkende Formulierungsweise ist unvermeidlich, um der Mannigfaltigkeit der mit ihr gleichzeitig umfassten Einzelphänomene gerecht zu werden, und um sich zu einer modernen Makrotheorie vorzuarbeiten, innerhalb der vielfältigsten Erscheinungen und Entwicklungen in Termini weniger durchgängiger Grundprinzipien erfassbar und nachkonstruierbar werden :

A) Als Reaktionen auf Prozesse *institutioneller Selbstüberforderung* tauchen Unterlassungs- und Verzichtforderungen vor allem dort auf, wo Institutionen auf Grund ihrer eigenen Aktivität die Umwelt in der Weise verändern, dass sie zu einer kumulativen und letztlich grenzenlosen, unerfüllbaren Expansion ihrer eigenen Tätigkeit (bzw. zu einer inakzeptablen Hypertrophierung innerhalb der Gesamtgesellschaft) gezwungen werden :

- bei einer *Entwicklungshilfe*, die zur Folge hat, dass in den Dritt Weltländern autochthone Produktionsstrukturen mangels Konkurrenzfähigkeit verschwinden und eine Bevölkerung entsteht, die irreversibel von immer weiteren Nahrungslieferungen abhängig wird (vgl. z.B. Erler, 1985);
- bei einer "Medikalisierung der Gesellschaft" (Illich, 1975), in deren Verlauf traditionelle Behandlungspraktiken und Netzwerke verwandtschaftlich-nachbarschaftlicher Hilfe verschwinden, ohne dass die an ihre Stelle tretenden Bedürfnisse nach institutioneller Pflege und Therapie begrenzbar und finanziertbar und ohne dass die im Herzen der Institution entstehenden iatrogenen Sekundärkrankheiten und "Hospitallismen" beherrschbar wären;
- bei einer analog fortschreitenden "Vorschulung der Bildung", bei der sich die Gesamtbevölkerung immer mehr davon abhängig macht, dass Institutionen die Verantwortung für die Vermittlung allen Wissens (ja sogar für die Kultivierung der Lernmotivation) übernehmen (Illich, 1977);
- beim paradigmatischen Fall der sogenannten "Grünen Revolution", wo man feststellen musste, dass rein ertragsorientierte monokulturelle Anbaumethoden die ökologische Stabilität und Schädlingsresistenz der Pflanzen verringern, so dass eine Rückkehr zu selbstregulativen Mechanismen des "integrierten Pflanzenschutzes" als einziges Mittel erscheint, um eine kumulative Intensivierung von Düngungs- und Schädlings-

bekämpfungsmassnahmen zu verhindern (vgl. Egger/Glaeser, 1975, 135ff.);

- bei der bekannten Problematik einer *tayloristischen Arbeitsrationalisierung*, die dazu führt, dass die Unternehmensleitung sich die gesamte Last für die Ausstattung und Strukturierung der Arbeitsrollen selbst aufbürdet und aus den selbstregulativen Kapazitäten autonomer Arbeitsteams oder qualifizierter Facharbeiter keinen Nutzen mehr ziehen kann (vgl. Hoffmann, 1980, 102 ff.);
- bei den ebenso bekannten Folgeproblemen *individueller Diskulturation und Rezidivität*, die die Grenzen institutioneller sozialer Betreuungsmassnahmen (z.B. in der Psychiatrie oder im Strafvollzug) so offensichtlich machen (vgl. z.B. Goffman, 1972, *passim*);
- bei der gigantischen Selbstüberforderung einer *nuklearen Industrie*, die ihre Entsorgungsprobleme nur durch den Aufbau von Institutionen mit bisher nie bekannter Lebensdauer und Zuverlässigkeit lösen kann, die in alle Zukunft die adäquate Kontrolle der radioaktiven Abfallprodukte garantieren.

Unterlassungen können in all diesen Fällen nur die präventive Funktion haben, durch expliziten Verzicht auf den Einsatz organisatorisch und technisch möglicher Optionen irreversible Entwicklungen an der Wurzel zu stoppen, mit deren unvermeidlichen Folgelasten man die gesellschaftliche Zukunft nicht zusätzlich belasten möchte.

Dadurch fällt solchen Massnahmen institutioneller Selbstbegrenzung die Funktion einer historischen Steuerung (der Gesamtgesellschaft und ihrer Subsysteme) zu, die - so befremdlich dies angesichts ihrer völlig andersartigen Konstitutionsweise klingen mag - in ihrer Bedeutung mit ganz grossen geschichtlichen Gründungsakten, Kriegsereignissen oder revolutionären Umwälzungen verglichen werden kann.

- B) Unter "*institutioneller Selbstparalyse*" - einem absichtlich etwas überpointierten Ausdruck - soll das ebenfalls sehr verbreitete Phänomen verstanden werden, dass eine Institution auf der Basis ihrer eigenen regulären Tätigkeit Aktionskapazitäten und Handlungsoptionen ausbildet, deren Einsatz nicht opportun ist, weil die Auswirkungen die inneren und äusseren Bedingungen ihrer Legitimität und/oder ihrer realen Überlebensfähigkeit in Frage stellen würden.

Das meist diskutierte und historisch "ausgereifteste" Musterbeispiel dafür ist natürlich das mit *strategischen Nuklearwaffen*

fen ausgerüstete Militär, das wegen der Evozierung atomarer Vergeltung seinen nächsten grösseren Einsatz (zusammen mit der umgebenden Gesellschaft) kaum überleben dürfte, und dem man deshalb zutrauen darf, sich aus simplen Interessen der Selbsterhaltung für die dauerhafte Selbstimmobilisierung seiner (teuren und mühsam kultivierten) Aktionspotentiale zu engagieren. Das *Unterlassen von Krieg* ist der weitaus produktivste Beitrag, den grosse Staaten zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Weltgesellschaft und all ihrer Subeinheiten anzubieten haben : in seiner kausalen Wirkung bei weitem wertvoller als alle Beiträge, die - wohl viel mühsamer - durch irgendein koordiniertes Aktivhandeln (z.B. im Bereich wirtschaftlicher oder sozialer Entwicklung) bereitgestellt werden können. Die weitaus einleuchtendste und konsensualste neuere Bedeutung des Wortes "Frieden" besteht darin, die "Abwesenheit von Atomkrieg" zu bezeichnen und damit jene fundamentalste aller Unterlassungen zu markieren, die die Voraussetzung für alles übrige sinnvolle Handeln und Nichthandeln bildet.

Ein zweites wichtiges Beispiel ist der *moderne Staat*, der über alle technischen und organisatorischen Mittel für eine totalitäre Herrschaft verfügt, auf deren disziplinierter Nichtanwendung heute jegliche autonome Handlungsfähigkeit (von Individuen, Verbänden, Gemeinden oder administrativen Unterinstanzen) beruht. Denn während früher die Selbständigkeit von Richtern, die Autonomie kommunaler Gemeinwesen und weitgehend auch die faktische Freiheit jedes Einzelnen durch deren objektive strukturelle Unabhängigkeit (z.B. auf der Basis von Eigentum) sowie durch die Unvollkommenheit zentralistischer Kontrollstrukturen gewährleistet wurde, müssen sie heute (und besonders explizit seit dem Uebergang vom Absolutismus zum bürgerlichen Liberalismus) artifiziell dadurch erzeugt werden, dass der Staat Durchgriffe unterlässt, die seine Legitimität sowie die funktionale Differenziertheit der umliegenden Gesellschaft untergraben könnten. Dramatische neuere Entwicklungen in der *Informationstechnologie* haben die Einsicht verstärkt, dass der systematische Verzicht auf das Sammeln, Speichern und Zirkulierenlassen persönlicher Daten nötig ist, um zumindest ein Minimum an individueller Freiheit und an Ausdifferenzierung einer Privatsphäre zu wahren, und dass immer umfassendere Verzichtstrategien auf Wissensvermehrung (bis hin zur Unterlassung von Bevölkerungsumfragen oder Volkszählungen) erforderlich werden, um im Verhältnis zwischen sozialen Akteuren das für die Aufrechterhaltung struktureller Differenzierung nötige Mass an Ignoranz aufrechtzuerhalten.

Analoge Unterlassungsforderungen stellen sich

- in der *Arbeitswelt*, wo die Autonomie des Untergebenen in kritischer Weise auf der Unfähigkeit seines Vorgesetzten beruht, kraft besserem Wissen Weisungen zu erteilen oder Ueberwachung auszuüben;
- in der *sozialen Betreuung*, wo die Autonomie des Klienten gegenüber den Institutionen völlig zusammenbricht, wenn alle Instanzen alles über ihn wissen (vgl. Goffman, 1972, passim).

Auch die *Sozialwissenschaft* muss in ihrem bisher kaum moderierten Streben nach "sozialer Aufklärung" zumindest zur Kenntnis nehmen, dass EGO anfälliger für Fremdsteuerung wird, wenn ALTER mehr über ihn weiss, und dass die Verlässlichkeit mancher Erwartungsstrukturen auf "kognitivem Latenzschutz" (vgl. Luhmann, 1984, 456 ff.) beruht.

Drittens bietet die *moderne Medizin* das Beispiel für eine Institution, die das Spektrum ihrer Forschungs- und Behandlungsoptionen auf eine Art und Weise ausgeweitet hat, dass vor allem unerwünschte, nicht legitimierbare und kontraproduktive Handlungsalternativen scharf ins Bewusstsein rücken. Während der frühere Arzt seine Reputation auf spektakuläre Aktivhandlungen (z.B. gewagte Operationen) abstützen konnte, hängt seine Legitimation heute und in Zukunft stärker davon ab, dass er bei aussichtslosen Moribunden gewisse lebensverlängernde Massnahmen *nicht* egreift, Todkranken *nicht* alles mitteilt, was er weiss, und sich *nicht* an problematischen Projekten der Genmanipulation, künstlicher Fertilisation u.a. beteiligt.

Schliesslich scheint eine äusserst generelle Bremswirkung auf das institutionelle Wachstum von der eigenartigen *kulturellen* Regularität auszugehen, dass auf der Folie grossorganisatorischer, professioneller Unternehmungen wiederum kleinere, informellere, "naturwüchsige" Alternativen vermehrte Aufmerksamkeit und eine Art von sentimentalier Attraktivität gewinnen. So können auf dem Hintergrund der Grosstadt das *bukolische Landleben*, im Kontrast zur Grossindustrie das *"echte Kleinhandwerk"* und in der Distanznahme gegenüber dem gigantischen Universitätskrankenhaus die *"familiäre Kleinklinik"* ihre Entfaltungschancen (und paradoxerweise auch häufig ihre Wachstums- und Institutionsierungschancen) finden. Aehnlich sticht in modernen Gartenbauausstellungen inmitten hochgezüchteter Nutz- und Zierpflanzen die *wildgewachsene Magerwiese* hervor, die durch ein systematisches Regime von Unterlassungen (Verzicht auf Düngen, Schneiden u.a.) ins Leben gerufen wurde; und die Diskussion um die künftige

schweizerische Landesausstellung wurde bisher von Erwägungen beherrscht, wie immisionsträchtige Grossprojekte (die man beim Gewährenlassen bestehender Institutionen für unvermeidlich hält) vermieden werden könnten.

3. Einige makrosoziologische und organisatorische Konsequenzen

Was bedeutet es für die sozialen Strukturen und kulturellen Wertsysteme einer Gesellschaft sowie die subjektive Identität ihrer individuellen Mitglieder, wenn *Unterlassungen* auf Kosten von Aktivhandlungen in den Vordergrund treten, und wenn das moralisch Wünschbare und politisch *Durchsetzbare* immer weniger mit dem technisch-organisatorisch *Möglichen* koinzidiert?

Was geschieht mit Institutionen, die einen wachsenden Pool dauerhaft inhibierter Aktionskapazitäten (z.B. der Kriegsführung, Datenbeschaffung u.a.) mit sich herumschleppen oder sogar - wie das Militär - vor der grotesken Situation stehen, dass die Gesellschaft gleichzeitig eine perfekte Aufrechterhaltung *und* totale Inhibition ihrer Handlungspotentiale fordert?

Und wie wandeln sich die arbeitsteiligen Kooperationsformen, die Herrschaftsverhältnisse und Prestigerangierungen, wenn "Verhinderer" und "Verzichtler" anstelle von Aktivisten die politische Initiative an sich reissen oder Wissenschaftler nicht mehr durch ihre Entdeckungsleistungen, sondern (z.B. Oppenheimer) durch ihre *politische Verweigerungshaltung* ihre hauptsächliche Reputation gewinnen?

Zur Beantwortung derartiger Fragen scheint der Rückgriff auf eine (bisher kaum ausgearbeitete) "Theorie der Unterlassung" notwendig, die teilweise ex negativo aus vorliegenden Ansätzen einer "Theorie des Handelns" entwickelt werden kann, teilweise aber auch eine völlig eigene innere Logik hätte (vgl. z.B. von Wright, 1979, 56 ff.).

Die nachfolgenden knappen Bemerkungen beschränken sich auf eine Verdeutlichung der allgemeinen Hypothese, dass mit der Schwerpunktverschiebung von Aktivhandlungen auf Unterlassungen mannigfache *Tendenzen zur Entdifferenzierung auf strukturell-organisatorischer Ebene* verknüpft sind, die ihre gemeinsame Wurzel in der relativen Voraussetzungslosigkeit, universellen Zugänglichkeit und beschränkten Spezifizierbarkeit aller intentionalen Inaktivitäten haben.

Aktivhandlungen besitzen eine vergleichsweise komplexe Struktur: insofern ihre Aktualisierung nur gelingt, wenn mehrere konstituierende Elemente (z.B. Intentionen und Bewegungsabläufe, Motivationen und technische Qualifikationen, symbolische Orientierungen und situative Handlungsspielräume, physische Ressourcen und organisatorische Kooperationsstrukturen) komplementär und synergetisch zusammenwirken.

Unterlassungen hingegen sind deshalb viel voraussetzungsloser, weil es zu ihrer Erzeugung hinreicht, dass irgendeine der für die Aktivhandlung simultan erforderlichen Vorbedingungen fehlt. Aus dieser banal scheinenden Charakterisierung lassen sich zahlreiche durchaus interessante Folgerungen deduzieren, deren gesellschaftstheoretische Anwendung es wiederum ermöglicht, verschiedenste neuere Phänomene und Entwicklungen auf einheitliche kausale Wurzeln zurückzuführen:

- A) Unterlassungen sind für das einzelne Individuum äußerst zugänglich, weil sie sich im Gegensatz zum ständig knappen, unter äußerstem Selektionsdruck stehenden Handeln ohne Aufwand an Aufmerksamkeit, Ressourcen und Verhaltenspotentialen grenzenlos vermehren lassen, und weil beliebige motivationale oder qualifaktorische Mängel funktional äquivalent sind, um sie zu erzeugen. Deshalb können sich Unterlassungshandlungen im sozialen Raum oft sehr extensiv und unselektiv ausbreiten: z.B. wenn sich bei *Streiks* auch jene Arbeiter beteiligen, die endlich mehr Zeit für Gartenarbeit oder Verwandtenbesuche haben möchten, oder wenn sich "*Aussteigergruppen*" aus einer heterogenen Mischung von politischen Kämpfern und allerlei Drückebergern und Unfähigen zusammensetzen. Rein auf Verweigerungen und Verzichtleistungen ausgehende *Subkulturen* und *soziale Bewegungen* können es sich leisten, auf Kosten innerer Homogenität eine sehr breite und unübersichtlich verschiedenartig motivierte Anhängerschaft anzuziehen: wobei die damit verknüpften Kosten mangelhafter Integration allerdings in dem Moment sichtbar werden, wo nach innen oder nach aussen ein regelmäßiges Aktivhandeln erforderlich wird.
- B) Während *kollektives Aktivhandeln* nur dadurch möglich ist, dass man verschiedene Leistungsbeiträge differentiell auf die Mitglieder verteilt und zum Zwecke der Gersamtkoordination eine formale Regel- und Führungsstruktur ausbildet, so sind die *auf Unterlassungen spezialisierten Kollektive* in der Lage, während ihrer ganzen Lebensdauer eine arbeitsteilig und hierarchisch wenig differenzierte und informelle Struktur aufrechtzuerhalten, und die damit verknüpften Vorteile innerer Homogenität und Mitgliedersolidarität auszunützen.

Hier liegt wohl ein wichtiger Grund dafür, warum

- im gesamten Bereich politischer Artikulation eine Schwerpunktsverlagerung von formalen Verbänden und Institutionen zu informellen Gruppierungen stattgefunden hat (vgl. Kriesi et al, 1983), und warum im besonderen auf kommunaler Ebene *spontane Bürgerinitiativen* wichtig geworden sind, die fast immer das *Verhindern* irgendwelcher politischer oder administrativer Massnahmen zum Ziele haben (vgl. Guggenberger, 1980, 18 f.);
- manche Gruppierungen oder sogar politische Parteien es sich ohne unmittelbares Ueberlebensrisiko leisten konnten, den *prinzipiellen Verzicht auf überall sonst übliche Formen bürokratischer Hierarchie und Arbeitsteilung* zu einem expliziten Punkt ihrer Ideologie und Strategie zu machen.

Weit darüber hinausgehend ist die Hinwendung zu Unterlassensstrategien innerhalb der Institutionen selbst mit Tendenzen organisatorischer Entdifferenzierung und "Enttechnokratisierung" verbunden : z.B. indem professionelle mittlere Kader, Techniker und Wissenschaftler zugunsten rein "politischer" Instanzen an Boden verlieren, die praktisch ohne Sachqualifikation eine allein auf Werten oder Normen basierende Entscheidung fällen.

Daraus ergeben sich beispielsweise neue Möglichkeiten extremster *Zentralisierung*, z.B. wenn

- das Problem, einen *Krieg zu verhindern*, erfolgreich von der obersten politischen Führungsspitze bewältigt werden kann, während die Aufgabe, einen erfolgreichen *Krieg zu führen*, vom Zusammenwirken verschiedenster politischer und militärischer, öffentlicher und ziviler *Kräfte* abhängig wäre;
- eine *neoliberale*, an der Unterlassung dirigistischer Eingriffe orientierte *Wirtschaftspolitik* mit wenigen zentralistischen Basisentscheidungen (z.B. über die Manipulation der absoluten Geldmenge) auskommt, während für eine *interventionistische Steuerung* ein komplexer Apparat aus relativ autonom handelnden Ministerien und Amtsstellen unvermeidlich wäre.

Umgekehrt sind aufgrund derselben "organisatorischen Indifferenz" von Unterlassenshandlungen auch extreme Formen des *dezentralisierten* (z.B. basisdemokratischen) Entscheidens möglich. So lässt sich etwa über die Forderung, eine bestimmte Strasse *nicht* zu bauen oder ein errichtetes Kernkraftwerk *nicht* in Betrieb zu nehmen, wegen der semantischen Simplizität der Fragestellung unschwer eine plebiszitäre Befragung

oder Abstimmung veranstalten : während sich Beschlüsse über Aktivhandlungen (z.B. wo und wie soll ein Kernkraftwerk errichtet werden) sich wegen der vielfältigen Aspekte ihrer konkreten Ausführung einer derartig demokratischen Prozedur oft entziehen.

Generell gewinnen durch das Zurücktreten sachlich-technisch-organisatorischer Fragen *politische* und *moralische*, an *Normen* und *Werten* orientierte Entscheidungsaspekte an Gewicht : z.B. gibt es eine unvermeidliche "Ethisierung der Medizin", wenn Ärzte bei der Betreuung Sterbender nicht mehr nur die wirksamsten Massnahmen der Lebensverlängerung, sondern auch Massnahmen passiver Euthanasie zu bedenken haben, oder wenn der Soziologe seinen professionellen Wissensdurst durch die Erwägung zügelt, dass die Verbreitung bestimmter Informationen für gewisse Gesellschaftsgruppen negative Wirkungen hätte.

- C) In leicht überspitzter (und sicher sehr ungewohnter) Formulierung liesse sich vielleicht sagen, dass Unterlassungen in wachsendem Ausmass die *konsensuale Integration* der Gesellschaft sicherzustellen haben : während auf Aktivhandlungen vorrangig die *strukturelle Differenzierung* und *Segmentierung* der Individuen und Gruppen beruht.

Diese differenzierende, ja desintegrierende Wirkung des Aktivhandelns ist unvermeidlich aufgrund der doppelten Tatsache, dass

- a) die starr *begrenzte Handlungskapazität* der einzelnen Akteure es notwendig macht, ihnen je verschiedenartige Pflichten und Rollen zuzuteilen;
- b) die hohe *Spezifität der Aktivhandlungen* zur Folge hat, dass sich die Akteure selbst bei Ausübung derselben Rolle wegen unterschiedlicher Motivationen und Qualifikationen in Stil und Leistung differenzieren.

Genau spiegelbildlich dazu können Unterlassungen universell integrierend wirken, weil

- fast alle Individuen fast alle Unterlassungen gemeinsam "begehen" (z.B. praktisch alle sind in praktisch allen Wissensgebieten und Berufen unqualifiziert und untätig);

- Unterlassungen sich wegen ihrer geringen Spezifität nicht für interindividuelle Differenzierungen oder Rangierungen eignen (z.B. tun alle Arbeiter als *Streikende* genau dasselbe, während sie als *Berufstätige* sich drastisch voneinander unterscheiden).

Dass wir Kongressteilnehmer alle Soziologen sind, bringt uns in mannigfacher (epistemologischer, theoretischer oder methodischer) Hinsicht oft sterbenweit auseinander; dass wir uns gemeinsam in Philosophie, Geschichte oder Jurisprudenz wenig auskennen, sind Konvergenzen, aus denen man (z.B. mittels Reflexion über die daraus resultierende gemeinsame gesellschaftliche Stellung) für die Integration der Profession Nutzen ziehen kann. An der historischen Bedeutung von Streiks für die Arbeiterbewegung, aber auch an der aktuellen Bedeutung vieler Protest-, Widerstands- und Verweigerungsbewegungen lässt sich die Funktion von Unterlassungen ablesen, in einer sich fragmentierenden Kultur und Gesellschaft neue Quellen von Gemeinschaftlichkeits- und Zusammengehörigkeitserlebnissen zu erschliessen: keineswegs nur in der notorischen Form der "schweigenden Mehrheit", die herrschende Institutionen so häufig als Fundament ihrer eigenen Integration beschwören.

In einem an die hegelianische Dialektik und die marxistische Konzeption von der Entstehung der Proletarierklasse erinnernden Sinne schaffen die sich ausdifferenzierenden Institutionen selber die Voraussetzung ihrer eigenen Destabilisierung: indem sie jenen sozialen Bewegungen leichte Anknüpfungspunkte bieten, die ihre Identität und ihre Expansionschancen auf eine *Negierung des institutionell verankerten und regularisierten Handelns* aufbauen möchten.

- D) Die besondere *Positivität von Aktivhandlungen* besteht darin, dass sie die Determinanten ihres inneren Sinngehalts und ihres äusseren Kausalwirkens zumindest teilweise *in sich selber tragen*: im objektiven Faktum eines physischen Verhaltens oder eines gesprochenen Wortes etwa, und ganz besonders in der Form *verselbständigerter Produkte* (Texte, Bauwerke, Werkzeuge, Ideen), die sich vom Entstehungskontext ablösen und über verschiedenste sozio-kulturelle Systemmilieus hinweg ihre eigene, unvorhersehbare Wirkungsgeschichte entfalten können.

Dem steht die besondere *Virtualität der Unterlassungen* gegenüber, die ihre Existenz und Bedeutung ausschliesslich *heteronom* aus einem aktuellen Milieu umgebender Handlungen oder Handlungserwartungen beziehen.

Die Erzeugnisse der "minimal art" z.B. können nur solange eindrücklich wirken, als die Bezugsfolie jener viel aussagereicheren Kunstrichtungen mitvergegenwärtigt wird, gegenüber denen sie sich mittels Simplifizierungen und Weglassungen profilieren (Martin, 1983). Ein kollektives "Schweigen für den Frieden" kann seine Symbolkraft nur in einer geräuschvoll-

geschwätzigen (also vorwiegend urbanen) Umwelt behaupten, und mit einem freiwillig auferlegten Publikationsverzicht kann ein Schriftsteller zwar effektiv gegen gängige Vermarktungsmechanismen protestieren, sich aber kaum unsterblichen Ruhm verschaffen.

Ebenso sind es ausschliesslich die institutionell fixierten Standards bezüglich Umfang, Art und Zielsetzung des *Arbeitens*, aus denen verschiedenste Formen der *Nichtarbeit* (wie z.B. Streiks, Absentismus, Frührentnertum, Arbeitslosigkeit) ihre spezifische Bedeutung gewinnen.

Und rein auf *Verweigerung* oder *Verhinderung* ausgehende soziale und politische Gruppierungen zahlen die obenerwähnten Vorteile ihrer Selbstorganisation teuer damit, dass sie in einem grundsätzlichen Sinne systemimmanent bleiben und sich Art, Intensität und Dauer der artikulierten Problemlagen von den aktiv handelnden Institutionen aufdiktieren lassen müssen. In diesem grundsätzlich parasitären Verhältnis müssen sie unbedingt einen langfristigen Modus vivendi mit den attackierten Institutionen suchen: denn wenn sie allzu erfolgreich sind, zerstören sie ja jene Aktivitätszentren, aus deren partieller Lähmung sie ihre Überlebenschancen und den Sinn ihres Handelns gewinnen. Welcher Gewerkschaftsverband wäre schliesslich dazu bereit, eine durch Streiks korrumptierte Volkswirtschaft in eigener Regie weiterzuführen? Und welche Anti-Kernkraftbewegung wäre organisatorisch gerüstet, um die Funktionen einer durch sie selbst paralysierten Energiewirtschaft zu substituieren? Letztlich ist jedes Unterlassungshandeln selbstwidersprüchlich in dem Sinne, dass es eine affirmative Haltung gegenüber den Handlungssystemen *im ganzen* impliziert, von denen es sich (durch Verzicht, Verweigerung u.a.) *im einzelnen* distanziert: so wie Asketen nur in einem Wohlstandsmilieu und Friedenskämpfer nur in einer kriegerischen Gesellschaft hinreichendes Profil gewinnen und jede "Rückkehr zu einer natürlichen Lebensweise" eine verfeinerte urbane Kultur voraussetzt, auf die man andauernd kritisch-distanzierend Bezug nehmen kann.

"Im Anfang war die Tat" (Faust I, 1237 f.) ist eine berechtigte Feststellung der Tatsache, dass immer die Positivität und expansive Wirksamkeit von Aktivhandlungen nötig ist, um die Systembildung auf psychischer, sozialer und kultureller Ebene in Gang zu bringen und jene Strukturen aufzubauen, innerhalb denen dann auch Unterlassungen ihre abgeleitete, gewissermassen parasitäre Existenz entfalten können.

"Am Ende steht das Unterlassen" ist zwar eine naheliegende Komplementärformel angesichts einer Weltlage, wo das Verhindern eines atomaren Krieges die zentrale Ueberlebensbedingung für die Menschen und seine Gesellschaft bildet. Aber Unterlassungen allein vermögen keine neue Realität zu schaffen und halten das Bewusstsein allzu sehr in der *aktuellen Realität* gefangen, die (anstelle einer intendierten *zukünftigen Realität*) als Bezugsrahmen für individuelle und kollektive Selektionen fungiert.

BIBLIOGRAPHIE

- BACHRACH Peter & BARATZ Morton S. (1970), *Power and Poverty : Theory and Practice*, Oxford University Press, New York.
- EGGER Kurt & GLAESER Bernhard (1975), "Ideologiekritik der Grünen Revolution : Weg zur technologischen Alternative", in DUVE Freimut, Hrsg., *Technologie und Politik*, Bd. 1, Rowohlt Aktuell, Reinbek/Hamburg.
- ERLER Brigitte (1985), *Tödliche Hilfe*, Dreisam-Verlag, Freiburg i.Br..
- GEHLEN Arnold (1973), *Moral und Hypermoral*, Athenaeum, 3. Aufl., Frankfurt.
- GESER Hans (1982), "Gesellschaftliche Folgeprobleme und Grenzen des Wachstums formaler Organisationen", *Zeitschrift für Soziologie*, 11, 112-132.
- GOFFMAN Erving (1972), *Asyle*, Suhrkamp, Frankfurt.
- GUGGENBERGER Bernd (1980), *Bürgerinitiativen in der Parteidemokratie*, Stuttgart.
- HOFFMANN Ute (1980), *Facharbeiter-industrielle Arbeit als Beruf*, Campus, Frankfurt.
- ILLICH Ivan (1972), *Die Entschulung der Geellschaft*, Kösel, 8.-12. Aufl., München.
- ILLICH Ivan (1975), *Die Enteignung der Gesundheit*, Rowohlt, Reinbeck/Hamburg.
- KOHLT Martin (1985), "Die Institutionalisierung des Lebenslaufs", *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 37, 1-29.
- KRIESI Hans Peter et al (Hrsg.) (1981), *Politische Aktivierung in der Schweiz 1945-1978*, Rüegger, Diessenhofen.
- LUHMANN Niklas (1981), *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, Olzog, München.
- LUHMANN Niklas (1984), *Soziale Systeme*, Suhrkamp, Frankfurt.
- MARTIN Bernice (1981), *A Sociology of Contemporary Cultural Change*, Blackwell, Oxford.
- VON WRIGHT Georg Henry (1979), *Norm und Handlung. Eine logische Untersuchung*, Scriptor Verlag, Königstein/Ts.
- WOOTTON Barbara (1963), *Crime and the Criminal Law*, London.